



Foto: Andre Großmann

Bei einer Protestaktion der Linksjugend [solid] Brandenburg und Berlin gegen das Jubelfest der Bundeswehr in Brandenburg (Havel) kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen der Polizei. Lesen Sie dazu auf Seite 2.

Sommer ohne Eis?

Nicht alle Kinder können es sich leisten. Eine „Millionärssteuer“ könnte das ändern.

! Ob mit Waffel oder im Becher, eine oder mehr Kugeln, ob Fruchtsorbet, Nussvariationen oder Klassiker wie Schokolade oder Vanille, das ist Geschmacksfrage – auf eines können sich jedoch vermutlich alle einigen: Das Eis gehört zum Sommer wie das Festessen zu Weihnachten. Für die allermeisten von uns verbinden sich damit nicht nur dringend benötigte Erfrischungen an Hitzetagen, sondern auch schöne Kindheitserinnerungen, am See, nach der Schule bzw. in den Ferien an der Lieblingseisdiele, vielleicht sogar auf Reisen.

Doch zur Wahrheit gehört auch: für viele Kinder in Treptow-Köpenick ist ein unbeschwertes Eis an der Eisdiele um die Ecke einfach nicht drin, weil sie in Armut leben. Hier im Bezirk leben aktuell 5.700 Kinder im Alter zwischen 3 und 15 Jah-

ren in einem Haushalt, der sich über das in Bürgergeld umbenannte Arbeitslosengeld II („Hartz 4“) finanziert. Dort sind im Regelsatz für Kinder je nach Alter in etwa zwischen 104,94 und 138,60 Euro im Monat für Ernährung vorgesehen. Das sind 3,50-4,62 Euro pro Tag für alle drei Mahlzeiten, Getränke und ggf. hin und wieder ein paar Süßigkeiten. Zum Vergleich: eine Kugel Eis kostet beispielsweise im Forum Köpenick 2,00 Euro, am Sterndamm in Johannisthal sind es 1,60 Euro, im Ausflugslokal Zenner im Treptower Park 2,10 Euro für eine Kugel. Mit anderen Worten: das unbeschwerte Glück einer leckeren Portion Eis an der Eisdiele nebenan wird diesen Kindern verwehrt, jedenfalls wenn das nicht die einzige Mahlzeit am Tag sein soll. Das ist ein täglicher Skandal, den DIE LINKE nicht akzeptiert. Kinder brau-

chen gute Bildung, warme Kleidung, sollen Sport machen und kulturelle Bildung genießen können und brauchen dazu eine auskömmliche Finanzierung, aber vor allem hat jedes einzelne von ihnen das Recht auf eine glückliche Kindheit und ein paar schöne, unbeschwerte Sommermomente – hin und wieder ein Eis gehört dazu. DIE LINKE kämpft schon lange für eine Kindergrundsicherung, damit kein Kind in Armut aufwachsen muss. Die Ampel schrieb die Idee sogar in den Koalitionsvertrag. Doch Finanzminister Lindner (FDP) senkte erst Steuern für Gutverdienende und blockierte dann die Finanzierung der Kindergrundsicherung, die Grünen lassen es mit sich machen. Ergebnis: Die bisherigen Vorschläge sind völlig unzureichend. Und so stehen auch in diesem Sommer nur jene in den Schlangen der

Umsteuern! Holen wir uns den Reichtum zurück!

Was haben der Reichtum der Superreichen und die Armut gemeinsam? Beides wächst. Jede 3. Berliner Person lebt inzwischen in Armut – von 1.222 Euro pro Monat oder weniger. Schluss damit! Vermögensteuer endlich wieder einführen! Die Einnahmen kommen den Ländern zugute.

Kundgebung: Samstag, 8.7. von 11–13 Uhr

Schlossplatz, Köpenick

Mit: Carolin Weingart, Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, Christian Kerntopf, LINKE in der Bezirksverordneten Fraktion, Sprecher für Soziales und Moritz Warnke, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Treptow-Köpenick

Eisdielen, die es sich leisten können. Klar ist: es gäbe genügend Geld in diesem Land, um eine armutsfeste Mindestsicherung für alle zu finanzieren. In Deutschland gibt es 1.612 Milliardäre. Um sich eine Vorstellung von diesem Reichtum zu machen: Hätte eine Person mit einer Milliarde Euro im Jahr von Jesus Geburt, im Jahr 0, damit angefangen jeden Tag 1.000 Euro auszugeben, dann würde sie bis ins Jahr 2739 brauchen, bis ihr Geld aufgebraucht wäre. Dieses Vermögen könnte mit einer Vermögensteuer gerecht besteuert werden. DIE LINKE schlägt vor: Vermögen oberhalb von 1 Millionen Euro wird mit 1 Prozent besteuert. Bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen steigt der Satz auf 5 Prozent an. Für ein gutes Leben für alle, mit kleinen Momenten des Glücks, nicht nur im Sommer.

Gysi meint...

Gesundheit ist keine Ware

„ Die Gesundheitsversorgung in unserem Land droht immer mehr selbst zur Patientin zu werden. Monatlanges Warten auf einen Facharzttermin, fehlende Medikamente, eingeschränkte Leistungen. Nun geraten immer mehr Krankenhäuser in eine finanzielle Schieflage, Schließungen drohen akut. Dies ist die Folge von Fehlentscheidun-

gen der aktuellen und vorhergehenden Regierungen, die der Privatisierung des Gesundheitswesens und damit dem Streben nach Profiten Tür und Tor geöffnet haben. Um es klar zu sagen: Krankenhäuser sind nicht dafür da, den Aktionären von Konzernen Profite zu bescheren, sondern dafür da, die Menschen gesund zu machen. Sie sind Bestandteil der öffentlichen Daseins-

vorsorge und müssen deshalb in öffentlichem Eigentum, zumindest aber in öffentlicher Verantwortung organisiert werden. Gesundheitsminister Lauterbach erklärt zwar nun, dass er die Profitorientierung im Gesundheitswesen reduzieren will, will aber zugleich eine Krankenhausreform, die zur Folge hätte, dass viele vor allem kleinere Krankenhäuser schließen müssten. Man kann sicher darüber reden, dass komplizierte Behandlungen in dafür geeigneten Krankenhäusern konzentriert werden sollten, aber warum dafür eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung

unmöglich gemacht werden soll, bleibt mir schleierhaft.

Die Krankenhäuser brauchen eine schnelle Hilfe von 10 Milliarden Euro und mir will es nicht in den Sinn, dass diese Bundesregierung 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgibt, aber den Krankenhäusern nicht helfen will. Im nächsten Schritt muss das Fallpauschalensystem abgeschafft und durch eine kostendeckende Finanzierung ersetzt werden. Auf vielen Gebieten darf man sparen, nicht aber bei der Gesundheit der Menschen.



Neuer Mietspiegel

Senat schraubt an der Mietpreisspirale



Soeben hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen den neuen Mietspiegel 2023 veröffentlicht. Dieser gilt als Übergangsmietspiegel bis zur Veröffentlichung des neuen qualifizierten Mietspiegels im kommenden Jahr 2024 und enthält eine durchschnittliche Steigerungsrate von 5 Prozent.

Bei dem Mietspiegel 2023 handelt es sich um eine Fortschreibung des bereits 2021 fortgeschriebenen Mietspiegels. Diese erneute Fortschreibung ist rechtlich umstritten und könnte für rechtliche Unsicherheiten sorgen. Vermieter*innen könnten den Mietspiegel nicht anerkennen und künftig verstärkt versuchen, Mieterhöhungen auf der Ba-

sis von Vergleichswohnungen vorzunehmen.

Verhandlungen über einen „Verbändemietspiegel“, der von Mieter- und Vermieterverbänden getragen wird, waren zuvor gescheitert, da die Vermieterverbände eine Steigerung um 7,5 Prozent erreichen wollten.

Hierzu erklärt der Sprecher für Mieten und Wohnen der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Niklas Schenker: „Der neue Mietspiegel macht hohe Mietsteigerungen möglich. Viele Haushalte sind angesichts der hohen Inflation ohnehin knapp bei Kasse, jetzt können Vermieter*innen ihnen mit Mieterhöhungen noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Statt für Entlastungen zu sor-



Niklas Schenker, Sprecher für Mieten und Wohnen der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

gen, heizt die schwarz-rote Koalition die Mietpreisspirale weiter an. Mit der hohen Steigerungsrate von 5 Prozent im selbst erstellten Mietspiegel reizt der Senat die Spielräume für Mieterhöhungen weitgehend aus. CDU und SPD machen den Vermietern ein Geschenk, das den Mieterinnen und Mietern teuer zu stehen kommt.

Bis zur Veröffentlichung eines neuen qualifizierten Mietspiegels im nächsten Jahr sind mehr Auseinandersetzungen über Mieterhöhungsverlangen zu erwar-

ten. Der Senat muss dafür Sorge tragen, dass Mieterinnen und Mieter rechtliche Unterstützung erhalten und die mietrechtliche Beratung in den Bezirken ausbauen.

Der Senat will den Mietenstopp bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen auslaufen lassen. Damit dürften auch die Mieten bei den landeseigenen Wohnungen Ende des Jahres kräftig steigen. Dabei könnte der Senat die allgemeine Mietentwicklung durch einen Mietenstopp in den landeseigenen Wohnungsbeständen zumindest etwas abbremsen. Es ist unerklärlich, wie sich der Senat einerseits, damit rühmen kann mit Vermieterverbänden im sogenannten Wohnungsbündnis zusammenzuarbeiten, es andererseits aber nicht schafft, sich mit den Vermietern auf einen Verbändemietspiegel mit moderaten Mietsteigerungen zu verständigen.

Die eskalierende Krise am Wohnungsmarkt ist eine Folge der Tatenlosigkeit der Bundesregierung. Wir brauchen dringend einen bundesweiten Mietendeckel oder zumindest eine Länderöffnungsklausel, damit Berlin die Mieten regulieren kann.“

Heizdiktat oder Wärmewende?

Wärmenetz bietet kostengünstige Alternative



Das Beispiel für die schlechte Performance der Ampel-Regierung ist die Auseinandersetzung zum Gebäudeenergiegesetz. So ist die Bezeichnung des Gesetzes, das sich momentan in der Debatte im Bundestag befindet. Als LINKE dürfen wir – finde ich – nicht die Notwendigkeit einer Novelle und des Umstiegs auf Erneuerbare Energien bestreiten, sondern den Weg, den die Ampel eingeschlagen hat und der zu Widerstand und Verunsicherung führt und viele Wählende in die Arme der AfD treibt, deren prinzipielle Ablehnung jedoch noch deutlich unsozialer ist. Es gilt, unsere Vorschläge zu diskutieren: Dabei geht es erstens um die öffentliche Steuerung der Wärmewende, hier muss der Staat auch selbst voran gehen und kommunal – in Städten und Gemeinden gesteuert, müssen die Gebäude zuerst saniert werden, die in der schlechtesten Energieeffizienzklasse sind. Dafür braucht es Planung und Mittel für die Investitionen.

Zweitens braucht es eine sozial – nach Einkommen – gestaffelte Förderung des Heizungsaustauschs und dafür eventuell notwendiger weiterer Sanierungen, damit Menschen mit kleinem Einkommen und selbstgenutztem Wohneigentum nicht an hohen Investitionskosten scheitern und trotzdem an der Wärmewende teilhaben können.

Für Menschen, die zur Miete wohnen, brauchen wir –drittens –die Streichung der Umlagefähigkeit dieser Kosten auf die Miete, denn wenn hier öffentlich gefördert wird, sollen die Vermieter nicht doppelt kassieren.

Und viertens müssen das Gebäudeenergiegesetz und die daraus folgenden Pflichten an die kommunale Wärmeplanung gekoppelt werden. Diese Forderung hat die Ampel-Koalition bereits übernommen. Das ist deshalb wichtig, weil der Anschluss an ein Wärmenetz – egal ob Fern- oder Nahwärme – gerade in dichter besiedelten Gebieten eine kostengünstige und klimagerechtere Alternative ist.

Für alle, die solche Wärmenetze nutzen, ist fünftens ein solches in öffentlicher Hand eine gute Möglichkeit, die Kosten perspektivisch demokratisch kontrollieren und steuern zu können. Deshalb hat die rot-grün-rote Koalition in Berlin die Überführung der Wärmenetze in öffentliche Hand auf den Weg gebracht. Wir LINKE sagen auch: Wir brauchen eine regelmäßige Kontrolle der Fernwärmepreise, damit die Fernwärmeunternehmen nicht Monopolgewinne abkassieren. Und dieser Kraftakt zur CO2 Reduzierung wird Geld kosten. Nur: Wer die Notwendigkeit des beschleunigten Kampfes gegen die Erderwärmung nicht bestreitet, darf andererseits nicht sklavisch an der Schuldenbremse festhalten. Wo, wenn nicht hier, geht es um Investitionen in unser aller Zukunft? Zudem muss endlich über ein gerechtes Steuersystem endlich dort das Geld geholt werden, wo es sich zunehmend konzentriert. Bei den Superreichen. Wärmewende geht eben nur sozial gerecht.

■ ■ Carsten Schatz, MdB
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Progressive LINKE

Gegenpol zu Linkskonservativen Strömung gegründet

In Treptow-Köpenick hat sich am 2. Juni die erste AG Progressive LINKE in einem Bezirksverband gegründet. Bislang besteht das Netzwerk vor allem auf Bundes- und Landesebene. Erstes Ziel der AG sei es, regelmäßige Treffen und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren. Friedlich, solidarisch und sozialistisch soll DIE LINKE programmatisch erneuert werden, um den Abwärtstrend in Wahlergebnissen und gesellschaftlicher Bedeutung zu stoppen und umzukehren. Die Progressive LINKE sieht sich dabei als Gegenpol zu einer „Linkskonservativen“ Strömung. Auf einer Konferenz in Berlin am 3. Juni hatte das bundesweite Netzwerk zwei Anträge beschlossen, die zum Augsburger Parteitag im November eingebracht werden sollen.

„Worum es in den Parteitagsträgen geht und was die Progressive LINKE will, werden wir auf einer Podiumsdiskussion am 14. Juli, 17 Uhr im Allendeweg 1 erörtern“ erklärt Gernot Klemm, Sprecher der AG. „Ich freue mich, dass wir dazu Elke Breitenbach als Referentin gewinnen konnten.“

Kontakt zur AG: progressiv@dielinke-treptow-koepenick.de

Zum Foto auf Seite 1

Gewalt gegen Protestaktion

Am 17.06 fand auf dem Gelände der Veranstaltung zum Tag der Bundeswehr eine Protestaktion der Linksjugend [solid] Brandenburg und Berlin statt. Der Protest nahm die Form eines Die-Ins an, bei dem vier Aktivist:innen sich mit Rote-Bete-Saft begossen und auf den Boden legten, während eine fünfte Person eine Rede gegen das Werben fürs Sterben und die Militarisierung eines zivilen Stadtfestes hielt.

Nachdem die Protestaktion beendet war, wurde das Mitglied der Linksjugend Yasha Domscheit von zwei Polizisten ca. 200 Meter im beidseitigen Schmerzgriff „Handbeugetransporttechnik“ bewegt, eine Technik, die erhebliche körperliche Schäden in den Handgelenken verursachen kann. Darauf wurde Yasha von einem der Polizisten ohne Ankündigung mit einem Schlag der flachen Hand ins Gesicht auf den Boden geworfen. Zitat des ausführenden Polizisten: „umgelegt“. Gegen die beiden Polizisten wurde bereits eine Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt eingereicht.



Aus
dem

Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 292

Juli 2023

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Foto: Rudolpho Diba / pikello.de

Die BVV setzt sich für den Ausbau von Radverkehrsmaßnahmen ein

Gegen Radwegstopp

Bezirksparlament kämpft für sicheren Radverkehr



Die Umsetzung neuer Radwege in Berlin wurde überraschend vorerst gestoppt. Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima- und Umweltschutz teilte den Bezirken per E-Mail mit, dass keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden sollen. Dadurch sind Projekte betroffen, bei denen Fahrstreifen oder Parkplätze entfernt werden sollen, sowie Projekte mit Tempo 30 km/h über längere Strecken. Die Umsetzung neuer Radwege

wird auf unbestimmte Zeit verschoben, während neue Kriterien für die Straßenraumaufteilung erarbeitet werden. Die Linksfraktion Berlin ist empört über diese Entscheidung. Sie sieht darin einen Schlag ins Gesicht für alle Berlinerinnen und Berliner, die auf sichere Radwege angewiesen sind. Die Fraktion kritisiert die einseitige und ideologisch geprägte Politik gegen sichere Radwege und das im Mobilitätsgesetz festgeschriebene Recht auf eine sichere Ver-

kehrsinfrastruktur. Sie weigert sich, diese Entscheidung hinzunehmen und plant, gemeinsam mit Verbänden und Bezirken Druck auszuüben, um die Entscheidung rückgängig zu machen. Sie fordert eine Erklärung der Senatorin in einer Sondersitzung des Mobilitätsausschusses.

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick unterstützt in einer Resolution das Mobilitätsgesetz und setzt sich für den Ausbau von Radverkehrsmaßnahmen ein. Sie betont, dass eine echte Veränderung in der Mobilität sichere und bedarfsgerechte Alternativen erfordert. Gut ausgebaute Radwege bieten Anreize für die Nutzung von Fahrrädern und verbessern die Verkehrssicherheit für Radfahrer, Fußgänger und Autos gleichermaßen. Besonders die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg wird dadurch erhöht. Die BVV fordert die Senatsverwaltung auf, die bestehenden Gesetze rechtmäßig anzuwenden.

Ein weiterer Antrag der BVV Treptow-Köpenick unterstützt die Maßnahmen des Bezirksamts zur Umsetzung von Radwegen entlang der Köpenicker Landstraße. Auch dieses Projekt war durch die Entscheidung der Verkehrsverwaltung gestoppt worden. Die BVV Treptow-Köpenick bekennt sich damit klar zum Mobilitätsgesetz und fordert den weiteren Ausbau der Radinfrastruktur, während sie die Entscheidung der Senatsverwaltung zur Aussetzung der Radverkehrsmaßnahmen ablehnt.



Schönefelder Brückenfest

Der Verein SchöneVibes Kollektiv e. V. ist eine Nachbarschaftsinitiative aus Schönefeld, die sich für eine Vernetzung der Menschen aus dem Kiez zur Förderung von Umweltbewusstsein, Bildung und Soziales und Kulturvermittlung einsetzt. Seit gut einem Jahr existent lädt er jetzt am Samstag, 8. Juli ab 12 Uhr am Platz am Kaisersteg (Hauptbühne) sowie weiteren Orten in Ober- und Niederschönefeld zum Schönefelder Brückenfest.

Die Veranstalter haben ein interessantes fiktives Motto gewählt: „270 Jahre Schönefeld“. Denn man will gleich an zwei historische Anlässe erinnern: das 125-jährige Jubiläum des Ortsteils Oberschönefeld und das 145-jährige Jubiläum des Ortsteils Niederschönefeld (zusammen 270 Jahre). Ach ja, und dann wird an noch ein Jubiläum auf dem Fest erinnert: Zum 25. Mal jährt sich dieses Jahr die Städtepartnerschaft mit Cajamarca, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz in Peru.

Der Auftakt findet mit Gästen aus Politik und Zivilgesellschaft um 12:00 Uhr auf dem Platz am Kaisersteg (Hauptbühne) statt. Das Brückenfest wird dieses Jahr an 15 Standorten gleichzeitig stattfinden - auf beiden Seiten der Spree und auch auf dem Wasser! Dabei ist das Fest in großen Teilen barrierefrei und kostenlos zugänglich.

Öffentliches WLAN

LINKE und Grüne fordern kostengünstige Lösung



In der letzten Ausgabe hatten wir darüber berichtet, dass es im Bezirksamt kein kostenloses WLAN gibt. Nun hat die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit B'90/Grüne in der BVV beantragt, dass das Bezirksamt ein öffentlich zugängliches WLAN mit einer kostengünstigen Variante, etwa per Freifunk, in allen öffentlichen Gebäuden (Kiezklubs, Rathäuser, Ämter mit Publikumsverkehr) bereitstellen soll. Dazu soll auch Kontakt mit den Bezirksämtern Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg aufgenommen werden, um sich über die dort seit einem Jahrzehnt erfolgreiche Anwendung zu informieren. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Vorsitzen-

der der Fraktion DIE LINKE: „Es sollte auch in Treptow-Köpenicker Ämtern eine Selbstverständlichkeit sein, auf ein kostenloses öffentliches WLAN zugreifen zu können. In Cafés, Fitnessstudios und sogar in Reisebussen und Flugzeugen ist das mittlerweile Standard. Kiezklubs, Bürgerämter und Rathäuser dürfen da nicht hinterher hinken. Anstatt viel Geld für externe Dienstleister auszugeben, sollte das Bezirksamt diese Aufgabe mit bereits vorhandenen und leicht zu verwendenden Mitteln, etwa Freifunk, umsetzen. Beispiele dafür, dass das gut funktioniert, gibt es in Nachbarbezirken genug. Selbst im Büro meiner Fraktion stellen wir öffentliches WLAN zur Verfügung.“



Die Anforderungen an den Platz am Kaisersteg ändern sich. Aktuell gibt es das Problem, dass für geplante Feste und Veranstaltungen ein nutzbarer Stromanschluss fehlt. Veranstalter müssen deshalb oft mühsam nach alternativen Möglichkeiten für eine Stromversorgung suchen. Ein Stromanschluss ist aber prinzipiell vorhanden und müsste nur durch das Amt nutzbar gemacht werden.

Deshalb hat DIE LINKE gemeinsam mit der SPD beantragt, das Bezirksamt möge in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Netzbetreiber auf dem Platz am Kaisersteg in Oberschönefeld einen öffentlich nutzbaren Strom-

anschluss bereitstellen, damit für Straßenfest und ähnliche Veranstaltungen Strom zur Verfügung steht. Dazu ist ein bereits bestehender Stromkasten mit einem Stromzähler für die Abrechnung von genutztem Strom auszustatten. Dazu Christian Kerntopf, Antragssteller aus der Fraktion DIE LINKE:

„Das Problem lässt sich leicht beheben, indem lediglich ein Zähler am vorhandenen Stromanschluss angebracht wird. Das muss das Bezirksamt als Eigentümerin mit dem Stromanbieter koordinieren. Veranstalter können dann den genutzten Strom einfach abrechnen und müssen nicht lange Kabel verlegen oder umweltbelastende Stromgeneratoren benutzen“

TREPTOW-KÖPENICK

Aus dem **Rathaus**



Eine Station des Audiorundgangs ist das Restaurant Ratskeller in Adlershof, das von 1940–1945 Lager für Zwangsarbeitende war. Das Foto stammt aus dem Jahr 1938

Projekt enthüllt vergessene Geschichte

Audio-Rundgang zur NS-Zwangsarbeit in Adlershof

In einer Initiative, die auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zurückgeht, ha-

ben die Museen Treptow-Köpenick gemeinsam mit dem Dokumentationszen-

Zwangsarbeit in Baumschulenweg

Gedenktafel soll noch dieses Jahr entstehen

In der heutigen Willi-Sänger-Sportanlage, am Güldenhofer Ufer, am Heidekampraben, der Baumschule Späth und an mehreren Stellen der Köpenicker Landstraße – mindestens acht Zwangsarbeitslager gab es im Nationalsozialismus in Baumschulenweg. Diese reichten von kleineren Lagern bis zu großen Komplexen mit einer Belegung von 1.200 Menschen. Beispielsweise mussten auf dem heutigen Gelände der Willi-Sänger-Sportanlage an der Köpenicker Landstraße 1.200 sowjetische, französische und niederländische Männer und Frauen für die Herstellung von Elektroartikeln für die Gratz AG schuften. Darunter war auch der französische Schriftsteller und Journalist François Cavanna, der in seinem Roman „Das Lied der Baba“ seine Erfahrungen verarbeitet. Auch im Eierhäuschen im

Plänterwald, welches gerade saniert und bald vollständig wieder öffnen wird, befand sich ein Zwangsarbeitslager für die Waffenfabrik Genschow & Co AG, den Leuchtmittelproduzenten Osram sowie die AEG.

Seit Jahren betreibt Andreas Freiberg intensive Forschungen zur Zwangsarbeit in Baumschulenweg. Gemeinsam mit dem Bürgerverein setzt er sich dafür ein, dass an der Köpenicker Landstraße auf dem Gelände eines ehemaligen Zwangsarbeiterlagers eine Gedenktafel eingerichtet wird. Diese soll den Opfern der Zwangsarbeit in Baumschulenweg gewidmet sein. Der Bezirksvorstand der LINKEN Treptow-Köpenick hat den Beschluss gefasst, dieses wichtige Anliegen und das Engagement der Bürger*innen weiterhin zu unterstützen und in der Bezirksverordnetenversammlung auch zukünftig zu

NS-Zwangsarbeit, dem Aktiven Zentrum Adlershof und der Wohnungsbaugenossenschaft Treptow Süd eG das Projekt „Audiorundgang zu NS-Zwangsarbeit in Adlershof“ ins Leben gerufen.

Durch eine gründliche Prüfung seitens des Museums wurde festgestellt, dass das Thema NS-Zwangsarbeit eine enorme Bedeutung für den ehemaligen Industriestandort Adlershof hat. Unter den geschätzten 3.000 Berliner Lagern und Sammelunterkünften für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter befanden sich mindestens 16 Lager in Adlershof. Bedeutende Unternehmen wie die AEG, Mannesmann und die Deutsche Reichsbahn beschäftigten hier Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und profitierten von deren Ausbeutung und Gewalt. Um diese untrennbaren Verbindungen darzustellen, hat das Museum einen faszinierenden Audiorundgang entwickelt, bestehend aus neun Stationen, die über eine browserbasierte App zugänglich sind. Der Rundgang präsentiert nicht nur die Geschichte mehrerer Lagerstandorte, sondern

stärken. Derzeit wird die Gedenktafel in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum Schöneeweide erstellt und möglicherweise noch in diesem Jahr feierlich eingeweiht. Auch im Eierhäuschen sollte an die Geschichte des Ortes erinnert werden – im Rahmen der Sanierung könnten eine entsprechende Tafel angebracht oder Veranstaltungen zum Thema Zwangsarbeit in das neue Kulturprogramm aufgenommen werden. Es ist wahnsinnig wichtig, dass diese heute oftmals unbekanntere Vergangenheit sichtbar gemacht wird und eine Auseinandersetzung vor Ort stattfindet. Und dafür ist bürgerschaftliches Engagement oft die Grundlage.

bietet auch stadträumliche Hintergrundinformationen. Durch dieses Projekt wird das Thema NS-Zwangsarbeit, das in der heutigen Zeit kaum noch präsent ist, im öffentlichen Raum vermittelt und erlebbar gemacht.

Der Audiorundgang ist benutzerfreundlich und weitgehend barrierefrei gestaltet. An jeder der neun Gedenktafeln kann der Rundgang über einen QR-Code gestartet werden, der insgesamt 14 Audio-Stationen zu historischen Orten der Zwangsarbeit enthält. Die Hörangebote sind sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch verfügbar, während Empfehlungen auf den Tafeln und in den Audio-dateien dabei helfen, sich im öffentlichen Raum zu orientieren. Zusätzlich sind die Informationstafeln mit Braille-Hinweisen ausgestattet und die App wurde auf die Auslesefunktion von Screenreadern für blinde und sehingeschränkte Personen ausgerichtet.

Die Realisierung dieses aufwändigen Projekts wurde durch Fördermittel in Höhe von 23.700,00 Euro aus dem Förderfonds für erinnerungskulturelle Projekte der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ermöglicht, wofür die Museen Treptow-Köpenick großzügige Unterstützung erhielten.

Die erste Station des Audiorundgangs befindet sich an der Dörpfeldstraße Ecke Adlergestell. Der Rundgang dauert etwa 90 Minuten.



Der Audioguide kann aber auch online angehört werden:

<https://gleft.de/5gG>

Mehr Aufgaben

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat die Änderung der Geschäftsverteilung



Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart **Donnerstag, 10. August 2023, 10–11.30 Uhr** Hans-Schmidt-Str. 16, Raum 131, (telefonisch oder vor Ort) Anmeldung erforderlich unter: (030) 90297 – 5988

beschlossen. Das Gesundheitsamt geht in die Abteilung von Bezirksstadträtin Carolin Weingart. Ihr Arbeitsbereich heißt nunmehr Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe. Bravo!



Foto: Bezirksamt

Bezirksstadträtin Carolin Weingart (Zweite von links) mit ihren Kollegen Katja Fröhlich mit Hund „Shiva“, Leah Zieglschmid mit „Lasse“ und Markus Reilich mit „Bruno“.

„Kollege Hund“

Amt für Soziales beteiligt sich am Aktionstag

Das Amt für Soziales des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin beteiligt sich auch in diesem Jahr am Aktionstag „Kollege Hund“ des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

Die stellv. Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe Carolin Weingart dazu: „Wissenschaftlichen Studien haben gezeigt, dass Hunde positive Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit haben und da-

mit auf die Arbeit und das Betriebsklima der Kolleginnen und Kollegen. Im Amt für Soziales möchten wir zum Aktionstag austesten, was in anderen Bezirksämtern und Unternehmen bereits Realität ist.“ Diesen Schnuppertag möchte das Amt für Soziales aber ausdrücklich nicht nur dafür nutzen, Hundebesitzern einen Gefallen zu tun. Ganz bewusst soll auch geprüft werden, wie sich die Aktion auf Kolleginnen und Kollegen mit Ängsten oder anderen Problemen und Vorbehalten gegenüber Hunden auswirkt.

Verwaltung Teil II

Die Verwaltung braucht ein Update

Fortsetzung der im letzten Heft begonnenen Serie

Es fehlt der Verwaltung an Mut und Fehlerkultur. Manchmal ist es wichtig, mutige Entscheidungen zu treffen und, im Falle eines Fehlers, daraus zu lernen. In Berliner Amtsstuben herrscht aber oft eher Angst vor. Vorgesetzte, die eigenständige Entscheidungen ablehnen und bestrafen, strenge Hierarchien und eine kaum vorhandene Fehlerkultur tragen dazu bei. Als etwa eine Frau mit Polizeistütze aus der Plansche geworfen wurde, weil sie sich dort ohne Oberbekleidung sonnte, schaffte es der zuständige Stadtrat nicht, sich dafür zu entschuldigen. Vielmehr wurde das Vorgehen bis zum Schluss verteidigt. Ein Lernprozess oder ein nachdenklicher Umgang mit einem Fehler fand nicht statt. Nachdem die Betroffene und die Frau in einem weiteren Fall sich gegen die Behandlung gewehrt hatten, wurden berlinweit Nutzungsbedingungen überarbeitet. Inzwischen dürfen alle Menschen ohne Oberbekleidung in öffentliche Schwimmbäder.

Wenn in der Verwaltung mal ein Fall von Mut auftritt, dann weiß schnell die gan-

ze Stadt davon. Als zu Beginn der Coronapandemie „Abstand halten“ zu einem wichtigen und richtigen Mantra wurde, stiegen viele Menschen auf das Fahrrad um, statt die engen öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Abstand wurde auf den engen Radwegen aber ebenso zum Problem. Kurzerhand bestimmte ein findiger Amtsleiter die Einführung von Pop-up Radwegen. Innerhalb weniger Tage wurden kilometerweit vernünftige Radwege verfügbar. Im Nu fand das Vorgehen Nachahmer in der ganzen Stadt, dann bundesweit und sogar weltweites Interesse zeigte sich. Ein Vorgehen, das Mut erforderte, denn Vorschriften dafür gab es keine. Das übliche Vorgehen der Verwaltung wäre gewesen, zunächst auf ein Gesetz und die dazugehörigen Ausführungsvorschriften zu warten. Ein Prozess, bei dem schnell Jahre oder gar Jahrzehnte ins Land gehen können. Der Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes Friedrichshain-Kreuzberg, Felix Weisbrich, hatte einfach eigenmächtig eine weitreichende Entscheidung getroffen, auch auf die Gefahr hin, dass es Beschwerden geben

Einbahnstraßen

Orionstraße und Galileistraße in Plänterwald

Im Wohngebiet am Plänterwald stehen einige Änderungen bevor. Die begonnene Nachverdichtung bringt mehr Anwohnerinnen und Anwohner in den Kiez. Der künftige neue Spreepark wird viele Besucherinnen und Besucher anziehen, die zum Teil durch das Gebiet fahren oder hier parken wollen. Das Verkehrsaufkommen wird sich deswegen absehbar erhöhen. Aus diesem Grund hat DIE LINKE interfraktionell mit der SPD beantragt zu prüfen, ob die Orionstraße und die Galileistraße in Gegenrichtungsverkehr als Einbahnstraßen ausgewiesen werden können.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE: „Die Orionstraße und Galileistraße sind sehr schmal. Eine Zunahme des Verkehrsaufkommens würde dazu führen, dass der Verkehrsfluss komplett zum Erliegen kommt, da sich die Fahrzeuge gegenseitig blockieren. Daher müssen wir den erwarteten Anstieg des Verkehrsaufkommens berücksichtigen. Die Straßen nur in eine Richtung befahrbar zu machen, könnte außerdem dazu beitragen, den zukünftigen Durchgangsverkehr zu unterbinden.“

Pflegeausbildung stärken

Koordinierungsstelle für die Ausbildung gefordert

Pflegekräfte sind von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft und der Bedarf an ihnen wird in Zukunft weiter steigen. Um sicherzustellen, dass ausreichend Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden sind, müssen mehr Praxisstellen zur Verfügung gestellt werden. Es ist daher erforderlich, eine aktive Initiative zu starten, um mehr Praxisstellen zu finden und zu schaffen.

Die Fraktion DIE LINKE hat daher gemeinsam mit SPD und B'90/Grüne beantragt, in Kooperation mit der „Koordinierungsstelle Pflegeausbildung“ eine Informationsoffensive für die Pflegeausbildung, insbesondere den pädiatrischen Bereich der Ausbildung zu entwickeln. Dabei sollen gezielt Geburtshäuser, Kinderärzte und andere Stellen, bei denen der pädiatrische Teil der Pflegeausbildung absolviert werden kann, angesprochen werden. Die entsprechenden Stellen sollen motiviert werden, Menschen in Pflegeausbildung für den pädi-

atrischen Teil der Ausbildung aufzunehmen und über die Rahmenbedingungen zu informieren. Darüber hinaus wird dem Bezirksamt empfohlen, bei den zuständigen Stellen auf Landesebene eine solche Werbeoffensive für das Land Berlin anzulegen.

Dazu erklärt Christian Kerntopf, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

„Viele potenzielle Praxisstellen wie Praxen, Ärzte und andere Einrichtungen sind sich nicht bewusst, wie sie als Praxisstellen für pädiatrische Pflegekräfte fungieren können. Oftmals fehlt es an Informationen, beispielsweise darüber, dass die Kosten dafür übernommen werden können. Daher ist eine gezielte Informationskampagne erforderlich, um das Ziel der Schaffung weiterer Praxisstellen zu erreichen. Diese Kampagne zielt darauf ab, potenzielle Orte gezielt anzusprechen und ihnen die nötigen Informationen zu vermitteln.“



würde oder das Vorgehen vor Gericht landen würde. Inzwischen sind die vielen Pop-up Radwege zu regulären Radwegen für zehntausende Radfahrende geworden, die darauf sonst noch Jahre hätten warten müssen.

Um diese Art von Mut und Eigeninitiative zu fördern, braucht es in den Ämtern

ein grundsätzliches Umdenken: eine Kultur des Vertrauens, eine gute Fehlerkultur, Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, Unterstützung von Innovation und Experimenten und letztlich auch eine deutliche Wertschätzung und Anerkennung der Mitarbeitenden der Verwaltung.



Video „Die Verwaltung hat mehr Digitalisierung verdient“

Haben Sie Teil 1 nicht gelesen?
Sie finden ihn hier:
<https://gleft.de/5h1>

Hitzeschutz – ein Thema der sozial gerechten Gesundheitspolitik

Hitzestress kann zu lebensbedrohlichen Zuständen führen

In der Folge des Klimawandels kommt es zu zunehmend heißeren Sommertagen mit Temperaturen über 30 Grad Celsius sowie längeren und intensiveren Hitzewellen – auch in Treptow-Köpenick. Weitere Klimawandelauswirkungen wie Extremwetterereignisse, die von Dürren, Waldbränden bis Starkregen reichen, nehmen wir oft als Ereignisse an fernen Orten wahr, aber sie können auch hier bei uns geschehen. Die Waldbrände in Brandenburg bei Jüterbog Anfang Juni haben dies gezeigt. Dies hat Folgen für die menschliche Gesundheit und das Wohlbefinden. Insbesondere vulnerable Gruppen, wie Menschen hohen Alters oder Kinder und Personen mit chronischen Vorerkrankungen sind von Hitzeextremen betroffen. Hitze gefährdet die Gesundheit und kann zu Hitzestress, Hitzeerschöpfung bis hin zu lebensbedrohlichen Zuständen führen. Tipps und Hinweise für zielgruppenorientierten Hitze- und UV-Schutz bietet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), einsehbar unter der Website www.klimamensch-gesundheit.de. Auch im grünen und wasserreichen Flächenbezirk Treptow-Köpenick sind wir eine von Hitze betroffene Region mit mehreren hitzebelasteten Räumen. Der Bezirk Treptow-Köpenick nimmt sich



dieser Verantwortung zum Schutz der Gesundheit für die Bevölkerung im Rahmen der Erstellung eines Aktionsplans zum Hitzeschutz an. Im Steuerkreis sowie weiteren Arbeitsgruppen werden Maßnahmen für den Bezirk fachämterübergreifend erarbeitet und umgesetzt. Diese Erarbeitung geschieht unter Be-

teiligung der betroffenen Interessenvertretungen wie der Seniorenvertretung von Treptow-Köpenick, denn die Belange von Seniorinnen und Senioren sollten bei der Erarbeitung eine zentrale Rolle spielen.

Die eigens entwickelte Internetseite „Hitzeschutz in Treptow-Köpenick“ enthält vielfältige Informationen zu den Gesundheitsfolgen von Hitze und Verhaltenstipps bei hohen Temperaturen sowie eine Kartierung von Trinkbrunnen im Bezirk. Einer von 9 Brunnen im Bezirk steht auch am S-Bahnhof Köpenick (Foto) und wurde durch die Förderung des Senats von den Berliner Wasserbetrieben aufgestellt.

Deshalb müssen wir mit dem Thema Hitze auch in unseren Breitengraden umgehen, Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen und gefährdete Personen möglichst schützen. Dies beginnt bei Kommunikation und Aufklärung, um Hitzeschutz zu gewährleisten. Es ist im Sinne der Menschen die Verhaltensregeln bei Hitze möglichst zu befolgen. Dazu zählt laut BZgA unter anderem ausreichendes Trinken und leichtes Essen, das Meiden von körperlichen Anstrengungen in Mittagsstunden oder das Kühlen bzw. Abdunkeln von Wohnräumen, um auch erholsam schlafen zu können. Auch Arzneimittel sollten auf

Gendergerechte Sprache

Keine Vorschriften wie zu schreiben ist

In eigener Sache: Warum wir im Blättchen und Aus dem Rathaus geschlechtergerechte Sprache verwenden. Diese Zeitung wird von vielen verschiedenen Menschen produziert und gelesen. Die sozialen Geschlechtsidentitäten unserer Autor:innen und Leser:innen können unterschiedlich sein. Wir respektieren das und zeigen unsere Rücksichtnahme durch entsprechende Wortwahl. Ebenso vermeiden wir rassistische oder herabsetzende Sprache in Bezug auf soziale Herkunft, körperliche Einschränkungen oder andere Diskriminierungen. Wir setzen auch auf barrierefreie Sprache, da nicht jede:r die Sprache von Behörden versteht. Als LINKE haben wir uns dem Kampf gegen Diskriminierung verschrieben und möchten als Vorbild vorangehen. Wir sind uns bewusst, dass neue Umgangsformen, Erkenntnisse und Veränderungen

gen anfangs ungewohnt sein können. Dennoch sind sie ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Vor einigen Jahren wurde die Barrierefreiheit in Gebäuden oder öffentlichen Verkehrsmitteln noch als übertrieben aufwendig angesehen. Doch mittlerweile ist uns klar geworden, dass nicht nur Menschen mit körperlichen Einschränkungen darauf angewiesen sind, sondern auch Eltern mit Kinderwagen oder Großeinkauf. Tatsächlich profitieren wir alle davon, sei es, weil wir älter werden oder einen Unfall hatten. Momentan versuchen rechte und konservative Kräfte, einen regelrechten Kulturkampf gegen geschlechtergerechte Sprache zu inszenieren. Ihr Ziel ist es, Empörung zu schüren, um für ihr menschenverachtendes Weltbild zu mobilisieren. Dabei verbreiten sie den Mythos einer ursprünglichen, unveränderlichen

Sprache. Doch wir wissen, dass Sprache sich kontinuierlich weiterentwickelt und anpasst. Neue Begriffe treten auf, während alte in Vergessenheit geraten. Unsere Sprache ist nicht mehr die unserer Großeltern. Dies ist jedoch kein Nachteil, sondern ein Zeichen für sozialen, gesellschaftlichen und technischen Fortschritt.

Im Gegensatz zu rechten und konservativen Kräften wollen wir unsere Autor:innen nicht zensieren oder ihnen vorschreiben, wie oder ob sie geschlechtergerechte Sprache verwenden sollen. Es gibt bei uns keine einheitliche Blattlinie, in anderen linken Publikationen ist das jedoch selbstverständlich. Stattdessen zeigen wir Solidarität mit denjenigen, die das Ziel rechter, menschenverachtender Politik sind: Frauen, Minderheiten und alle, die nicht in ihr autoritäres Weltbild passen. Wir demonstrieren diese Solidarität auch durch unsere Sprache. Indem wir geschlechtergerechte Sprache verwenden, setzen wir ein Zeichen und leisten einen Beitrag für eine gerechtere, inklusivere und damit linke Gesellschaft.

Hitzeverträglichkeit geprüft werden, etwa Antidepressiva oder blutdrucksenkende Mittel wie Betarezeptorenblocker und Diuretika. Darüber hinaus gilt es für Angehörige von Pflegebedürftigen oder das Personal in Pflegeheimen die veränderten Rahmenbedingungen zu beachten.

Als Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe ist es mir wichtig hervorzuheben, dass Hitzeschutz für die Bevölkerung und Klimaschutz uns langfristig begleiten und ein prioritäres politisches Handlungsfeld sein werden. Es kann auch nicht nur um Klimawandelanpassung gehen, Klimaschutzmaßnahmen müssen von allen Sektoren und Politikfeldern möglichst unterstützt werden. Ich begrüße, dass wir bereits erste Schritte zum Thema Hitzeschutz in Treptow-Köpenick unternehmen haben, um Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und von Hitze besonders nachteilig betroffenen Personengruppen in Treptow-Köpenick umzusetzen. Es mir vor allem wichtig im Blick zu behalten, dass es vornehmlich sozial benachteiligte oder vulnerable Personen sind, die oftmals gesundheitlich stärker beeinträchtigt und überproportional stärker von hitzebedingter Übersterblichkeit betroffen sind. Für sie gilt es die Strategien und Maßnahmen auszurichten.

● Carolin Weingart

Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Juni 2023
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint
am Dienstag, 5. Sept. 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 22.8.23

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.

Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin

IBAN: DE59100708480525607803

BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92

bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr

Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr

Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr

Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Sommerpause: Vom 20. Juli bis 20. August geschlossen

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin

Tel. (030) 80 93 27 58

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Wißlerstraße 24, 12587 Berlin

Tel. 65940 800, Fax 65940 801

buergerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei

DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),

Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann

Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,

blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.

Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: www.karenaugust.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Juni 2023

Erscheinungstag blättchen 293: Di. 5. Sept. 2023

Redaktionsschluss dafür: Di 22.8.23

Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im Juli und August zum Geburtstag

Geburtstage Juli

65. Axel Goldmann
70. Dagmar Geselle, Gisela Weise
75. Bernd Güntsch, Andreas Schaack
80. Renate Mahler
85. Günter Koppehele, Thomas Wegert
90. Eberhard Fischer
91. Rosemarie Bethge, Hans Offenhaus
93. Heinz Blank
94. Elsa Christa Seifert
95. Wolfgang Ignaszewski
99. Gerhard Kiesler
100. Ingeborg Dummer

Geburtstage August

70. Petra Megow
75. Stefan Gittel, Axel-Rainer Hildebrandt
80. Barbara Mergen
85. Dorit Kunze
90. Werner Benkenstein, Christel Kapinos
91. Ingeborg Discher, Ilse Opitz, Edith Schnabel
92. Horst Dunkel, Heinz Löchner, Kurt Rahnenführer
93. Siegfried Ittershagen, Werner Koch, Rita Krause
94. Waltraud Engelberg, Helga Gesemann
95. Ruth Leyk, Hildegard Reich

Ältestes Mitglied

mit fast 109 Jahren jetzt verstorben

Sie wurde im Kaiserreich geboren, wenige Tage vor dem Ausbruch des I. Weltkriegs, wuchs in der Weimarer Republik auf, überstand die Nazidiktatur, überlebte den II. Weltkrieg, erhoffte eine neue Gesellschaftsordnung im Arbeiter- und Bauernstaat und landete ohne ihr Zutun in der Bundesrepublik und wieder im Kapitalismus. Sie ist eine geborene Berliner, wohnte in Friedrichshain, später vier Jahre in Britz und seit 1949 in der Gartenstadt Altglienicke. Johanna Seifert, war seit 1949 Genossin unserer Partei: erst in der SED, dann in der PDS und dann in der LINKEN.

Kurz vor ihrem 109. Geburtstag starb Johanna Seifert am 12. Juni 2023. Sie hinterlässt einen trauernden Sohn Agart Seifert mit Familie, der schrieb: „Manchmal bist Du in unseren Träumen, oft in unseren Gedanken und immer in unseren Herzen“.

User Foto stammt von ihrem 107. Geburtstag im Jahr 2021, als der damalige Bezirksvorsitzende der LINKEN Christian Kerntopf ihr im Kreise von Freunden und Genossen:innen einen Blumenstrauß und beste Wünsche überbrachte.



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine geruhige Ferienzeit.

Das nächste blättchen erscheint am 5. September.

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde

Donnerstag, 31.8. von 12–18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.

Anmeldungen bitte bei

André Schubert unter 63 22 43 57

Carsten Schatz, MdA

Mittwoch, 26.7. von 17–19 Uhr

im Bürgerbüro Wißlerstraße 24, 12587 Berlin

Sommertour Carsten Schatz

Kontakt zum Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Abgeordnetenhaus an den Informationspunkten an folgenden Orten:

- **21.08. 10–12 Uhr Köpenick Nord** (Penny Markt, Mahlsdorfer Str. 97E, 12555 Berlin)
- **22.08. 16–18 Uhr Altglienicke** (Edeka Markt, Siriusstraße 1, 12524 Berlin)
- **24.08. 14–16 Uhr Rahnsdorf** (Edeka, Fürstenwalder Allee 326, 12589 Berlin)
- **25.08. 10–12 Uhr Marktplatz Adlershof**, (Dörpfeldstraße n. Edeka)
- **26.08. 10–12 Uhr Marktplatz Friedrichshagen**



Im Hof des „Moos Space“, beim Büro der Abgeordneten Katalin Gennburg, trafen sich Mitglieder der Linken zum Austausch mit Aktivist:innen der Letzten Generation. Ob auf den Berliner Straßen oder in der besetzten Wuhlheide – die Klimaproteste werden immer lauter und nehmen vielfältige Formen an. Die Formen des Protestes werden kritisiert, delegitimiert und kriminalisiert. Dadurch rückt das eigentliche Thema in den Hintergrund und eine offene Diskussion der Frage, wie wir den Klimaschutz gemeinsam voranbringen können, wird im Keim erstickt. Eingeladen waren auch Nachbar:innen zum gemeinsamen Kochen und anschließender Diskussion.

Neues vom „Spreepark Art Space“

Der Biergarten ist bereits geöffnet

„Im nächsten Jahr ist es soweit und der Spreepark Art Space zeigt seine erste Ausstellung in den neuen Räumen im Eierhäuschen“ - teilt die „Spreepark Art Space“ auf ihrer Internet-Seite mit. Wei-

tere Teile des Spreeparks werden leider erst bis 2026 zugänglich. Bereits jetzt geöffnet ist dagegen der Biergarten. Nähere Informationen dazu findet man unter: www.spreepark-artspace.de

Fotos: Edith Karge



... aber im Biergarten wird schon Kindergeburtstag gefeiert. Dass die Familie den Kaffee selbst gekocht hat, ist eher nicht zu vermuten, aber kaufen kann man schon welchen.



Das Eierhäuschen ist noch umzäunt und das Gelände des ehemaligen Vergnügungsparks noch nicht öffentlich zugänglich...



Auch der Bootsanleger ist heftig in Arbeit.



Eine neue, sichere Überquerungsmöglichkeit wird auf der Puschkinallee zwischen der Archenhold-Sternwarte und der Restauration Zenner eingerichtet. Die zuständige Straßenverkehrsbehörde Berlin hat dem Vorschlag zugestimmt und die Genehmigung dafür erteilt. Leider müssen für den Bau der sicheren Überquerungsstelle zwei Bäume gefällt werden. Die Zuständigen für den Denkmalschutz haben dem Fällen der Bäume zugestimmt, weil es auch nach einer Ortsbesichtigung keinen alternativen Standort gegeben habe, teilt das Amt mit. Derzeit werde daran gearbeitet, die Ampel zu bauen. Das Projekt geht zurück auf einen gemeinsamen Antrag von SPD, DIE LINKE und B'90Grüne im Bezirksparlament.

Foto: Joseph Rohmann

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN ++



POLITIK UND ENGAGEMENT

- Di 4.7. | 18 Uhr** Veranstaltung des Bezirksverbands DIE LINKE: „Linke Analysen des Ukraine-Konflikts“, Industriesalon, Reinbeckstraße 9, 12459 Berlin
- Mi 5.7. | 11 Uhr** Seniorenpolitische Sprechstunde mit Carolin Weingart und der Seniorenvertretung im KIEZKLUB Treptow Kolleg, Kiefholzstraße 274 | 12437 Berlin
- Sa 8.7. | 11 Uhr** Kundgebung „Umsteuern – Holen wir uns den Reichtum zurück“, Schlossplatz Köpenick.
- Sa 8.7. | 15 Uhr** Sommerfest im KIEZKLUB Haus der Begegnung, Wendenschlossstraße 404
- Sa 8.7. | 12 Uhr** Schöneweider Brückenfest, Platz am Kaisersteg (Hauptbühne) sowie weitere Orte in Ober- und Niederschöneweide
- Do 13.7. | 18 Uhr** Veranstaltung des Bezirksverbands DIE LINKE „Verhandlungen als Ausweg aus dem Krieg“, Allendeweg 1, 12559 Berlin

- Sa 15.7.** Sommerfest KIEZKLUB Rathaus Johannisthal, 15.7., Sternedamm 102
- Sa 15.7. | 12 Uhr** Workshop „Ernährung bei Sommerhitze“, Villa offensiv, Hasselwerderstraße 38



KULTUR UND UNTERHALTUNG

- Di 11.7. | 19 Uhr** Musik im Garten: Konzert mit Lukas Natschinski, Klavier und Gitarre. Kulturring, Ernststraße 14/16



KONFERENZEN UND SITZUNGEN

- Fr 14.7. | 18 Uhr** Progressive Linke: DIE LINKE vor der Richtungsentscheidung auf dem Augsburger Parteitag mit Elke Breitenbach, Allendeweg 1, 12559 Berlin
- Mo 21.8. | 14 Uhr** AG Senior:innenpolitik: Schwerpunkte der bezirklichen Seniorenpolitik und ihrer weiteren Entwicklung, Brückenstraße 28

www

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de